



Schärfere Kapitalbesteuerung in Europa, notfalls nur auf nationaler Ebene, und eine höhere Belastung von Erben, nicht zuletzt großer Immobilien. Ziel ist mehr Gerechtigkeit. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache, um gesellschaftliche Zukunftsaufgaben erfüllen zu können: Kurz vor dem SPD-Parteitag hat der Vorstand die zentralen Elemente seines Leittrags einstimmig beschlossen. Nicht dabei ist eine Wiederbelebung der Vermögensteuer, was zu scharfer Kritik der Parteilinken führt – so die Nachrichten vor zwanzig Jahren. Der SPD-Vorsitzende hieß damals Gerhard Schröder, seine innerparteiliche Kritikerin Andrea Nahles. Schröder hatte ein Jahr zuvor Helmut Kohl aus dem Kanzleramt verdrängt. Er holte mit der SPD 40,9 Prozent.

Zwei Jahrzehnte und einige Vorsitzen- dere später: Die SPD ist zum dritten Mal Juniorpartner unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Im Bund kam sie zuletzt auf 20,5 Prozent. Nahles übernahm die Führung von Fraktion und Partei. Die SPD verliert weiter – und ihre erste Frau an der Spitze. In Bayern, Sachsen und Thüringen kommen die Sozialdemokraten nur noch auf ein einstelliges Ergebnis. In nationalen Umfragen liegen sie zwischen 13 und 15 Prozent. Die Mitglieder entscheiden sich für das linke Duo Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, auch dank tatkräftiger Unterstützung des Jusos-Vorsitzenden Kevin Kühnert. Und die Partei diskutiert weiter, wie sie Vermögende stärker besteuern kann.

So kreist eine Partei letztlich um sich selbst. Sie sucht immer noch, immer mehr, immer verzweifelter nach sozialer Gerechtigkeit und nach einem Weg aus ihrer Krise. Auch wenn aktuell die wichtigen Autokonzerne und die Maschinenbauer aus ganz unterschiedlichen Gründen mit einem Absatzschwund kämpfen, ist der Anteil der Industrie in Deutschland immer noch vergleichsweise groß. Der Dienstleistungssektor beschäftigt mehr Menschen als je zuvor. Es gibt also Arbeit, es gibt Arbeitnehmer – aber offenbar keinen Bedarf an einer alten Arbeiterpartei. Ist es also das Auflösen der alten Bindungen und der alten Milieus – oder steckt mehr dahinter? Geht es der SPD letztlich wie ehrwürdigen Unternehmen mit klingvollen Namen, die wie seinerzeit Grundig oder AEG die Zeichen der Zeit nicht erkennen und untergehen? Oder haben an-

deren ihr Angebot kopiert, um es unter eigenem Namen erfolgreicher an den Mann oder die Frau zu bringen? Über die Sozialdemokratisierung der Union unter Angela Merkel ist viel geschrieben worden. Dafür spricht in der Tat einiges. Seitdem die CDU-Politikerin im Kanzleramt sitzt, vermeidet sie harte Zumutungen. Sie baut lieber in den Bündnissen mit der SPD den Sozialstaat aus.

Es ist deshalb nicht so, dass die Sozialdemokraten nichts vorweisen können. Es gibt mehr Kindergeld, mehr Wohngeld, mehr Bafög. Es gibt mehr Rentenleistungen und neue Richtlinien. Der Mindestlohn wurde geschaffen. Aber nichts zündet. Weder die Wähler noch die eigenen Mitglieder honorieren das. Ist der Niedergang nicht mehr aufzuhalten? Endet die SPD wie ihre Schwesterparteien in den Niederlanden, Frankreich oder Österreich?

Wie brutal so ein Absturz sein kann, konnte die SPD am Abend des 15. März 2017 im Nachbarland beobachten. Die niederländische Partei der Arbeit (PvdA) verlor mehr als drei Viertel der Stimmen, stürzt von 25 auf 5,7 Prozent. Gerade einmal neun der 150 Sitze in der Zweiten Kammer des Parlaments bleiben ihr noch. Die PvdA erzielte ein Ergebnis, mit dem sie in Deutschland so eben die Hürde ins Parlament geschafft hätte.

Doch das Elend hat viele Gründe. In der vorangegangenen Wahl hatte die niederländische Arbeiterpartei knapp hinter der marktliberalen VVD des Ministerpräsidenten Mark Rutte gelegen. Die folgende Zweier-Koalition sollte ihr nicht gut be-

kommen. Die VVD gilt vielen Bürgern als kalt und zu marktorientiert, und das Land litt unter den Folgen der Jahre zuvor offen ausgebrochenen Finanzkrise. Rutte drückte harte Sparmaßnahmen durch, die Sozialdemokraten trugen es mit. Das nahmen ihnen viele Anhänger übel.

Der neue Parteiführer Lodewijk Asscher rückte den normalen Arbeitnehmer wieder in den Blick, aber das kam vielen zu spät. So wollte er die Eigenbeteiligung in der Krankenkasse abschaffen, welche die Partei jahrelang verteidigt hatte. Dann die Einwandererpolitik: Asscher mahnte plötzlich mit schärferen Worten, Immigranten sollten sich anpassen. Die Partei hält plötzlich das Darlehenssystem für Studenten, das sie selbst mit eingeführt hatte, für eine schlechte Idee; auch der Anstieg des Renteneintrittsalters ist ihr nun doch zu schnell gegangen. Dafür setzt sich die Partei jetzt betont für „Existenzsicherheit“ ein: bezahlbares Wohnen, sicheren Arbeitsplatz, Versorgung im Krankheitsfall und im Alter.

Und der Wähler hat schnell vergessen, in Etappen geht es bergauf. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai dieses Jahres holte die PvdA 19 Prozent – und wurde damit größte Partei in der zersplitterten Parteienlandschaft. Geholfen hat allerdings der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten, der ehemalige Außenminister Frans Timmermans. In den Umfragen liegt die PvdA nun im vorderen Mittelfeld unter den Parteien, sie kann mit 8 bis 11 Prozent der Stimmen rechnen. Das ist zwar eine Verdopplung,

verglichen mit dem Wahldebakel im März 2017. Von einer Wiedergeburt ist man aber noch weit entfernt.

Das gilt auch für Frankreich. Die Parti Socialiste (PS) erhielt bei der jüngsten Europawahl 6 Prozent der Stimmen – das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. In der Nationalversammlung entfallen nur noch 29 von 577 Abgeordneten auf die PS, und darunter befinden sich noch einige parteifremde Verbündete. Der Abstieg verlief steil. Bis zum Mai 2017 stellten die Sozialisten mit François Hollande immerhin die Präsidenten. Doch seine fünf Jahre im Elysée-Palast verliefen weitgehend fruchtlos. Aufgrund parteiinterner Streitigkeiten und Hollandes eigener Führungsschwäche wurden viele Reformprojekte nicht oder nur halbherzig angepackt. Er begann mit einem strammen Linkskurs, indem er etwa eine Reichensteuer von 75 Prozent für Einkommen von mehr als einer Million Euro installieren wollte, was letztlich misslang. Zur Mitte der Amtszeit schwenkte er mit dem neuen Premierminister Manuel Valls auf einen wirtschafts-freundlicheren Kurs ein. Doch die meisten Reformen blieben wirkungslos oder kamen zu spät.

Am Ende war der sozialistische Präsident so unpopulär, dass Hollande sich nicht einmal zur Wiederwahl stellte. Viele Parteigänger haben die Partei verlassen. Da der Industrieabbau in Frankreich früher einsetzte als in Deutschland und tiefere Einbrüche verursachte, fühlen sich die verbliebenen Arbeiter schon lange nicht mehr bei den Sozialisten zu Hause. Links

von ihnen machen die Linkspartei und die Kommunistische Partei Konkurrenz. In ökologischen Fragen haben die Grünen mehr Anziehungskraft, und in der Mitte hat ihnen Emmanuel Macron das Wasser abgegraben und viele bürgerlich orientierte Anhänger zu sich gelockt. Sein Programm trägt erhebliche sozialdemokratische Inhalte, Hollande war ja auch einst sein politischer Ziehvater. So finden die französischen Sozialisten im politischen Tableau keinen Platz mehr, neue thematische Anstöße kommen von anderen. Wofür die Sozialisten noch gebraucht werden, ist unklar.

Einen Abgang anzustimmen dürfte zwar verfrüht sein: Mit einer überzeugenden Führungsfigur wäre ein Wiederaufstieg durchaus denkbar, wenn auch nicht in naher Zukunft. Die Betonung sozialer Gerechtigkeit bei begrenzter Akzeptanz der Marktwirtschaft kommt in Frankreich grundsätzlich gut an. Bei den aktuellen Protesten gegen die unpopuläre Rentenreform der Regierung demonstrieren die Sozialisten zusammen mit der Linkspartei und den Kommunisten – und mit dem Front National (heute Rassemblement National). Auf nationaler Ebene haben die Sozialisten allerdings ein eklatantes Personalproblem: Weit und breit ist keine Person in Sicht, die Macron das Wasser reichen könnte. So verharren die Sozialisten in einer Art Wachkoma.

In Österreich ist die SPÖ nicht nur in der Opposition gelandet, sondern scheint dort auch festzuwachsen. Und das, obgleich die ehrwürdige Bruno-Kreisky-Par-

tei von 1970 bis zu ihrer Abwahl 2017 ganze 41 von 47 Jahren regiert hat, also viel länger als die SPD. Dass es die SPÖ in absehbarer Zeit wieder an die Macht schaffen wird, ist unwahrscheinlich. Sie wirkt altbacken neben Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) mit seinen 33 Jahren und neben den grünen Berufsjugendlichen mit ihren frischen Themen, etwa der Klimapolitik. Die SPÖ-Stammwähler seien oft älter als 60 Jahre, sagt der Politologe Peter Filzmeier: „Die SPÖ hat noch Strukturen und ein Funktionärsdenken wie zu Kreiskys Zeiten.“ Auch inhaltlich seien die Genossen nicht auf der Höhe. So habe die Partei das Thema Digitalisierung in der Arbeitswelt viel zu spät aufgegriffen. „Die Situation der SPÖ ist dramatischer, als man glaubt“, sagt Filzmeier. Falls sich ein Renegat nach dem Vorbild Macrons in Frankreich fände, um aus der Partei heraus eine neue zu gründen, oder falls eine linkspopulistische Alternative wie Podemos in Spanien oder Syriza in Griechenland entstünde, „dann droht der SPÖ ein endgültiger Absturz“.

Es gibt aber auch erfolgreiche Arbeiter-Altparteien in Europa. In Spanien halten sich die Sozialisten von Ministerpräsident Pedro Sánchez an der Macht, auch wenn eine regierungsfähige Mehrheit weiter nicht in Sicht ist. In Dänemark hat es die Sozialdemokratin Mette Frederiksen zur Regierungschefin gebracht – mit einem harten Kurs in der Ausländerpolitik. In England führte ein linker Hinterbänkler namens Jeremy Corbyn die Labour Party zu lange nicht gesehene Umfragewerten. Nach dem Brexit-Chaos will er ganze Branchen verstaatlichen, was an die wenig glorreichen siebziger Jahre auf der Insel erinnert – und gewann damit nicht zuletzt bei jungen Leuten viel Zustimmung.

Der Blick über die Grenze zeigt, dass der Absturz und das Verharren in der Opposition keine Zwangsläufigkeit sein müssen. In Deutschland ist der Fall der SPD etwas anders gelagert, da die SPD zwar Wahlverlierer verliert, aber anders als viele ihrer Schwesterparteien immer noch an der Macht ist – wenn auch gefangen als Juniorpartner an der Seite der Union. Während die neue, von der Basis gewünschte Parteiführung die ungeliebte Regierungskoalition nach links rücken und – falls dies nicht gelingt – notfalls verlassen will, halten die SPD-Bundesminister an dem Bündnis fest. Sie wissen, dass Neuwahlen ihnen den Job kosten und der Partei das Genick brechen könnten.

Das hätte ja auch keiner gedacht, dass einem auf dem Chefessel der EZB so viele Herzen zuziefen. Wo auch immer Christine Lagarde derzeit auftritt, ist ihr nahezu bedingungsloses Wohlwollen sicher. Bei ihrem ersten offiziellen Auftritt beim Europäischen Bankenkongress in der Frankfurter Alten Oper brachte die Juristin doch sogar die arg gebeutelten Bankenchefs zum Strahlen. Und das in diesen tristen Zins-Zeiten. Sie schafft das qua Präsenz, denn die Zinsen wird auch sie wohl erst mal nicht zum Steigen bringen. Aber das Auftreten sei doch ganz bemerkenswert, heißt es in der Frankfurter Hochfinanz. Viel positiver und aufgeschlossener sei sie als der eher wortkarge und stets so sachlich auftretende Italiener Mario Draghi.



Auf einen Espresso
Die Macht der Ausstrahlung

Von Inken Schönauer

ÜBERHAUPT SCHEINT MAN DRAGHI nicht allzu viele Tränen in Frankfurt hinterher zu weinen. Der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann ließ sich die Tage noch zu einer spitzen Bemerkung hinreißen. Als sich Lagarde kürzlich in das goldene Buch der Stadt Frankfurt eintrug,

ließ er wissen, dass man sich darauf freue, sie möglichst oft begrüßen zu können. „Gerne häufiger als ihren Vorgänger.“ Ein „ach was!“ im Loriotschen Sinne würde man Herrn Feldmann da am liebsten zurufen. Der Oberbürgermeister ist in Finanzkreisen ja auch nicht sehr oft gesehen, so mancher sagt ihm sogar eine gewisse Abneigung gegen eine der wichtigsten Branchen Mainhattans nach. Veranstaltungen mit Bankvertretern meidet Feldmann, wo es nur geht, und schickt stets Bürgermeister Uwe Becker vor. Der absolviert die Termine eloquent, aber man fragt sich doch: „Wo ist denn eigentlich der Chef?“ Momentan ist der aber ohnehin auf Tauchstation. Die Sache mit der AWO und der Gattin. So richtig bewiesen ist da noch nichts, aber unschön ist die ganze Angelegenheit doch. Will ja so gar nicht zum Image des Kleinen-Leute-Bürgermeisters passen, wenn die Gattin möglicherweise, also nur ganz vielleicht ein ungerechtfertigt hohes Gehalt bekommen hätte. Immerhin kündigte die AWO ihrerseits eine Überprüfung der Ausstattung von Führungskräften an. Nichts gegen Autofans, aber ob ein Dienstwagen

tatsächlich 450 PS haben muss, um im Frankfurter Stadtverkehr im Stau zu hängen, ist ja vielleicht tatsächlich, nennen wir es mal: überlegenswert.

APROPOS AUSSTATTUNG: Da hat die neue Kommissionspräsidentin der Europäischen Union, Ursula von der Leyen, gleich mal in ihrer ersten Sitzung mit ihren Kommissären gezeigt, wo der digitale Hammer hängt. Mobiltelefone weg und iPads rein. Ob die Furcht über direkte Tweets aus den Arbeitssitzungen zum Ausschuss der Telefone aus den Sitzungen führte, ist unklar, aber die Tablets sollen wohl für das Aufbrechen in das neue digitale Zeitalter stehen – jetzt auch bei der EU. Schluss ist mit Aktenbergen, Tischvorlagen und Protokollen auf Papier. Von der Leyen schwärmt von papierlosen Kommissionssitzungen. Die neuen Arbeitsmethoden waren der Europäischen Kommission gleich eine zweiseitige Pressemitteilung wert. Die wollten wir uns eigentlich gleich ausdrücken, beherzigen aber die Vorgaben der Kommission und haben es nur digital abgespeichert. Was

die EU kann, können wir auch, das wäre ja gelacht. In der Mitteilung fiel übrigens auch auf, dass sich die Kommission von jetzt an umweltbewusster zeigen will. Die Kommission will sich verstärkt darum bemühen, die Umweltverträglichkeit ihrer Tätigkeiten in Bezug auf Energie-, Wasser- und Papierverbrauch, Abfallwirtschaft und CO₂-Emissionen zu verbessern. Da fallen einem gleich wieder die 450 PS-starken Autos der AWO ein, aber die Kommission fährt demnächst vermutlich mit dem Rad.

DAS WIEDERUM kann man von der englischen Königin Elisabeth II nun wirklich nicht mehr erwarten. Das Bild einer radelnden Königin mag man sich ja gar nicht vorstellen. Das geht vielleicht in Holland, aber in Großbritannien? Ihr Sohn Prinz Charles dagegen surft ja sehr auf der grünen Welle, wird er doch in Zukunft aus dem Unkraut seines Gartens in Gloucestershire Kleidung herstellen lassen. Ob die Queen die Mode aus dem Garten des Sohnes je tragen wird, scheint ungewiss. Klar ist nur, dass die 93-Jährige

mit ihrer Garderobewahl möglicherweise doch ein Statement verpackt. Nix Genaues weiß man nicht, aber in britischen Medien wurde doch sehr darüber spekuliert, was es denn wohl mit der Brosche auf sich hat, die sie beim Nato-Geburts-tagesempfang im Buckingham Palace trug. Fest steht, dass sie die Brosche auch schon bei dem ersten Treffen mit Donald Trump im Sommer 2018 auf Schloss Windsor ansteckte. Die sogenannte Palmenblatt-Brosche soll 1938 beim Edeljuwelier Cartier gefertigt worden sein. Die Mutter der Queen trug die Brosche bei der Beerdigung ihres Mannes. So eine traurige Erinnerung und die Queen wählt das Stück gleich wiederholt bei der Begegnung mit Trump. Da können nur Hartgesottene keinen Zusammenhang erkennen. Den wird man in Zukunft übrigens auch bei Lagarde suchen, die sich oft in bunten Farben und üppigen Tüchern zeigt. Es wird nicht lange dauern, bis die Parallele zu Zinsschritten gezogen wird. Bei dem ersten Auftritt mit den Bankern in der Alten Oper trug Madame Lagarde übrigens einen eleganten Hosenanzug in gedeckten Farben – ohne Tuch.